

Wortprotokoll zu TOP 5

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

23. Sitzung
31. August 2022

Beginn: 12.01 Uhr
Schluss: 14.36 Uhr
Vorsitz: Franziska Becker (SPD)

Vorsitzende Franziska Becker: Ich rufe auf

Punkt 5 der Tagesordnung

Bericht Senat von Berlin – Fin II B – vom 23.08.2022 [0495](#)
Statusbericht über die Haushaltslage per 30.06.2022 Haupt
gemäß Auflage B. 121 – Drucksache 19/0400 zum
Haushalt 2022/23

Gibt es Wortmeldungen? – Dann ist der Bericht zur – – Herr Goiny!

Christian Goiny (CDU): Na ja, wir würden dem Senat die Gelegenheit geben wollen, das eine oder andere zur Einschätzung zu sagen. Es gab in den letzten Tagen medial und politisch eine Diskussion über die Fragen: Wie viel ist da wirklich verfügbar? Was machen wir damit? Wohin geht die Reise? – Erst einmal ist es erfreulich, wenn wir feststellen, dass das erste Halbjahr so eine Zwischenbilanz abbildet, was natürlich noch lange nicht das Jahresergebnis sein wird. Das ist, glaube ich, uns allen klar. Aus haushaltspolitischer Sicht sage ich: Wenn wir so viel Geld mehr eingenommen haben außer der Reihe, dann ist es nicht verkehrt, dass wir uns mit dem Senat darüber unterhalten, wie wir das Geld im zweiten Halbjahr verwenden, Schrägstrich müssen. Natürlich ist uns allen klar, dass es eine ganze Reihe von Bedarfen geben wird, die uns insbesondere in Hinblick auf die politische Lage in der Welt und unter Berücksichtigung derjenigen, die wir hier aus dem Haushalt finanzieren, möglicherweise noch vor Herausforderungen stellen wird.

Uns würde interessieren, wie die Senatsfinanzverwaltung, wie der Senat das einschätzen. Wir würden es für angebracht halten, dass wir uns in den nächsten Wochen im Wege eines Nachtragshaushalts über die Verwendung dieser Mehreinnahmen und die erkennbaren Mehrbedarfe unterhalten und das in einem geordneten parlamentarischen Verfahren diskutieren und abbilden. Da würde uns interessieren, wie das hier im Haus und beim Senat gesehen wird, ob unsere Einschätzung geteilt wird und ggf. ob und wann wir uns hier auf einen Fahrplan dafür verständigen wollen. – Danke!

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Meister!

Sibylle Meister (FDP): Vielen herzlichen Dank! – Ich bin durchaus auch der Meinung, dass man über den Statusbericht ein paar Worte verlieren sollte. Ich sage mal so: Vorsicht an der Bahnsteigkante! Noch ist das Geld ja nicht wirklich am Jahresende übrig. Das heißt, es gilt, es ein bisschen zu deuten. Da würde mich – bevor wir überlegen, zu welchem Fenster wir es hinauswerfen – interessieren, wie die Senatsverwaltung das einschätzt. Wie hoch wird der nachgelagerte Bereich sein durch die vorläufige Haushaltswirtschaft, dass man sagt: Das schwappt jetzt auf jeden Fall ins zweite Halbjahr?

Das zweite große Thema ist sicher – ich glaube, da sind wir uns auch alle einig – die Belastung durch Energiekosten, Inflation, Lieferkettenproblematiken usw., was alles zu dem großen Paket dazugehört, von dem wir sehen, dass es sowohl die Berlinerinnen und Berliner, aber auch unsere Unternehmen, unsere Kultureinrichtungen doch in deutlicher und heftiger Weise treffen wird. Haben Sie eine Zielgröße, von der Sie sagen: Wir gehen davon aus, dass die Nebenkosten sich insgesamt um 10 oder 20 Prozent, um den Faktor X steigern werden? Insofern interessiert auch mich, wie die Senatsverwaltung für Finanzen es sieht, wie man am besten damit umgeht und wie ihre Prognose für die nächsten Quartale aussieht.

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Dr. Brinker!

Dr. Kristin Brinker (AfD): Vielen Dank! – Meine Frage geht in die ähnliche Richtung. Es gab ja sehr viel Jubel über den Finanzierungsüberschuss in Höhe von 2,3 Milliarden Euro, aber es gab auch die deutliche Ansage vom Finanzsenator, dass aufgrund der vorläufigen Haushaltswirtschaft viele Ausgaben noch gar nicht getätigt worden sind. Es stellt sich tatsächlich die Frage, mit welchen Ausgaben der Senat bis zum Ende des Jahres kalkuliert, vor allem in Anbetracht dessen, dass das Thema Geldausgeben in der heutigen Zeit nicht ganz so einfach ist, wenn es um Investitionen und entsprechende Mittel geht.

Eine zweite Frage habe ich zum Thema SIWA. Sie schreiben, dass bis zum Ende des Jahres 344 Millionen Euro Ausgaben erwartet werden. Ich finde den Mittelabfluss beim SIWA grundsätzlich recht stockend und schwierig. Gibt es aus Sicht des Senats Möglichkeiten zu pushen? Das Geld ist speziell für Projekte eingestellt worden. Wie kommt man dort schneller voran? – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Dann gebe ich zunächst Frau Staatssekretärin Borkamp das Wort. – Bitte schön!

Staatssekretärin Jana Borkamp (SenFin): Herzlichen Dank! – Ich hätte mich auch gewundert, wenn dieser Punkt ohne Aussprache durchgegangen wäre. –Ich werde jetzt nicht noch

einmal die Informationen, die im Statusbericht stehen, rekurrieren. Ich glaube, Sie haben das alle detailliert gelesen.

Vielleicht starte ich mit diesem Punkt: Wir haben eine Besonderheit in diesem Statusbericht. Weil wir diesen Haushalt so spät beschlossen haben, quasi kurz vor dem Termin für den Statusbericht, haben wir dieses Mal eine etwas andere Darstellungsart gewählt. Das ist zum Verständnis wichtig. Wir haben die Ist-Ausgaben und die Ist-Einnahmen von 2021 zu 2022 zum Stichtag 30. Juni verglichen. Das ist in anderen Statusberichten anders. Im laufenden Haushalt gleichen wir ab, was im Plan ist und wie das Ist aussieht. Da unser Plan erst wenige Wochen alt war, macht dieser Abgleich wenig Sinn. Das zur Einordnung der unterschiedlichen Betrachtungsweisen.

Die grundsätzlichen Aussagen würde ich auf zwei Kernpunkte reduzieren. Der eine ist: Die Zahlen sind mit erheblichen Unsicherheiten für die Zukunft behaftet. Zum einen zum Punkt: Was passiert zum Jahresende? –, zum anderen aber auch: Welche Entwicklungen haben wir 2023? Im Bereich der Einnahmen haben wir verschiedenste Effekte, die sich überlagern und die wir noch nicht wirklich sauber quantifizieren können. Wir haben erhöhte Steuereinnahmen durch Nachholeffekte nach der Coronapandemie. Alle legen wieder los, „Neustart Berlin“ als ein starkes Beispiel, aber auch viele andere ohne staatliche Hilfe, die dazu führen, dass es vermehrt Steuereinnahmen gab im Vergleich zu letztem Jahr – Coronapandemie, Lockdownsituation. Zum anderen haben wir erhöhte Steuereinnahmen – auch das war schon Thema in diesem Haus – durch die Inflation. Was wir in unseren Zahlen noch nicht sehen, sind die Mindersteuereinnahmen, die wir durch die Entlastungspakete des Bundes haben werde. Wie Sie wissen, wird das, was der Bund an Hilfen generiert, nicht aus dem reinen Bundeshaushalt gezahlt, sondern auch über Umlagen, Steuern und Ähnliches, Mehrwertsteuer-senkung ist ein Thema. Das sind Effekte, die schlagen noch bei uns auf. Die können wir im Moment angesichts des noch nicht beschlossenen dritten Entlastungspakets und Ähnlichem nicht wirklich abschließend quantifizieren. Das bedeutet, wir haben einfach verschiedenste Variablen, die wir noch nicht korrekt einpreisen können.

Der zweite Punkt, der ein guter ist, ist, dass die Startbedingungen in die Phase der weiteren Unsicherheiten nicht die schlechtesten sind. Die Zahlen sehen erst einmal sehr gut aus. Als Haushälterin würde ich sagen: Ich rechne nicht damit, dass sie so gut bleiben. Aber ich glaube, das gehört zum Job dazu, dass man ein bisschen berufspessimistisch ist. Das andere ist aber, selbst wenn sie schlechter werden, werden sie nicht so schlecht, wie man vielleicht gedacht hat. Ich gehe auch davon aus, dass wir nicht im Minus landen werden, nicht so einen negativen Jahresabschluss haben, wie beim letzten Mal. Ich würde nicht darauf wetten, dass die Zahl, die jetzt in der Prognose als Mehreinnahmen steht, auch die ist, die rauskommt.

Eine weitere Frage war: Welche Nachholeffekte haben wir bei den Ausgaben. – Unser Ziel ist nicht, einen guten Jahresabschluss dadurch zu haben, dass die Verwaltung nicht arbeitet und das Geld nicht fließt. Das ist nicht unser politisches Ziel. Ziel des Senats ist es, die politischen Akzente, die im Haushaltsplan gesetzt worden sind, zu realisieren, umzusetzen und ein Maximum des im Haushaltsplan vorgesehenen Geldes auch für die vorgesehenen Dinge auf die Straße zu bringen. Wie gut uns das gelingt und welche Zusatzkosten kommen – Stichwort Baukostensteigerungen, gleichzeitig Lieferengpässe, das waren ja die Unsicherheiten, die Frau Dr. Brinker angesprochen hat –, darauf würde ich jetzt keine Wette abgeben. Ich würde

mir aber wünschen, dass wir möglichst viel von dem, was im Plan steht, ausgeben. Da ermutige ich auch die anderen Senatskolleginnen und -kollegen.

Stichwort Energiekosten: Da werden erhebliche Mehrausgaben auf uns zukommen. Zum Glück, manchmal birgt solch ein verspäteter Haushalt auch Chancen, hat das Parlament auf dem letzten Meter eine kleine Vorsorge für Energiekostensteigerungen getroffen. Diese Vorsorge hat sich aus den uns damals bekannten Zahlen für Kostensteigerungen ergeben. Wie Sie alle der Presse und öffentlichen Debatte entnommen haben, sind diese Zahlen schon überholt. Es gab weitere Kostensteigerungen, Gasumlage, jetzt kommt der gegenteilige Effekt, Mehrwertsteuersenkung. Wir rechnen aber damit, dass allein die Zahlen für die Energiekostensteigerung, das wurde, glaube ich, von der Regierenden Bürgermeisterin und auch vom Finanzsenator bereits gesagt, nicht so bleiben werden. Wir prüfen das gerade. Wir haben jetzt neue Schätzwerte. Ich will aber auch nicht ausschließen, dass wir im November noch mal andere Zahlen haben.

Was im Moment eine Herausforderung ist, ist zu schauen, welche Kosten im Jahr 2022 im Bereich Energiekostensteigerung auftreten, also wo erhöhen sich tatsächlich Abschläge, wo muss schon zusätzliches Geld in die Hand genommen werden, um Energie für das nächste Jahr zu sichern, Verträge abzuschließen, und an welchen Stellen treten die Effekte bei der Betriebskostenabrechnung am Ende auf. Das wird sehr unterschiedlich sein. Deswegen können wir auch nicht eins zu eins das, was an Kostensteigerung reinkommt, auf die Jahresscheiben preisen, weitere Unsicherheit. Gleichwohl sind wir gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, der Bildungsverwaltung, auch der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung in Gesprächen für welche Zielgruppen Vorsorge zu treffen ist. Das eine klassisch, unsere eigenen Immobilien: Schulen, Polizeidienststellen, Verwaltungsgebäude, alles, was dazugehört. Der zweite Punkt: Zuwendungsempfängerinnen und -empfänger. Auch die haben in ihren klassischen Zuwendungsbescheiden noch keine zusätzlichen Energiekosten eingepreist.

Der dritte Punkt ist der ganze Bereich der Entgeltfinanzierung. Hier wird es wieder komplizierter, weil man das dann über Entgeltverträge regeln muss. Im vierten Punkt, auch der war schon in der Debatte, das ist der schwierigste Punkt in der Bemessung, die Frage: Wie kann man Private, seien es jetzt Einzelpersonen oder Unternehmen, ggf. zielgerichtet – Stichwort: keine Gießkanne – da unterstützen, wo es erforderlich ist. Auch dazu finden Gespräche statt. Dafür ist elementar, das ist ein bisschen die Herausforderung, damit komme ich zum nächsten Punkt, Stichwort Nachtrag: der Zeitpunkt. Hier gibt es ein ganz klares Bekenntnis des Senats, dass auch wir unseren Beitrag leisten werden, dass wir aber auch erwarten, dass der Bund seinen Beitrag leistet, und dass wir definitiv vermeiden wollen, Berliner Landesmittel dafür auszugeben, dass der Bund an Stellen, an die er eigentlich ran müsste, nicht tätig wird. Das ist klare gemeinsame Haltung. Da auch der Bund sich diesem Erkenntnisprozess schrittweise nähert, werden wir immer ein bisschen zeitversetzt diskutieren und agieren können. Ich kann mir vorstellen, dass es für die Welt draußen unbefriedigend ist, aber um es sauber zu verzahlen, um zu gucken, wo die Lücken sind – ähnlich wie bei der Coronapandemie, wo es Bundeshilfen gab und wo wir Landeshilfen aufgesetzt haben –, zu schauen, wie greift das eine ins andere, finden Diskussionen statt, stellen wir Überlegungen an, was möglich wäre, aber immer vor dem Hintergrund: Was macht der Bund? –, sodass wir, denke ich, sicher noch im September die weiteren Entwicklungen abwarten werden und zu einem gewissen Zeitpunkt schauen müssen, wann der Erkenntnisgrad so weit ist, dass wir über ein Nachtragshaushalts-

verfahren die Dinge, die dann von uns zu leisten sind, auch im Prozess abbilden können. Deshalb kann ich Ihnen jetzt keinen Fahrplan geben. Gleichwohl gehe ich davon aus, dass wir uns in diesem Herbst oder im Frühwinter zum Thema Nachtragshaushalt miteinander verständigen werden. Wie gesagt, immer unter der Maßgabe, wir ergänzen, was der Bund nicht macht, und unter der Abschätzung – da bin ich gespannt auf die November-Steuerschätzung –: Wie entwickeln sich die Zahlen. – So viel dazu.

Zur Frage SIWA, das ist jetzt das Letzte auf meinem Zettel, und dann habe ich Sie hoffentlich nicht erschlagen: Da sind wir daran interessiert, dass die SIWA-Mittel stringent abfließen. Ich hatte Ihnen, glaube ich, schon in einer der früheren Sitzungen von den Glockenkurven erzählt. Gleichzeitig stellen wir aber auch fest – auch das ist nicht ganz unlogisch in der Verwaltungsrationalität –, wenn Häuser SIWA-Mittel haben und eigene Investitionsmittel, die noch mal anderen Beschränkungen unterliegen, oder Projekte über Kofinanzierungen aus EU- oder Bundestöpfen vornehmen, die auch noch mal eine engere zeitliche Taktung haben, dass dann die SIWA-Mittel nicht ganz so schnell bearbeitet werden, wenn die Ressourcen begrenzt sind. Wenn ich die Wahl habe, EU-Fördermittel zu sichern, indem ich es rechtzeitig fertigstelle und dafür ein SIWA-Projekt ein bisschen nach hinten zu schieben, dann werden die meisten Kolleginnen und Kollegen genau diese Entscheidung treffen. Das ist ein Effekt, den müssen wir im Sinne des Landeshaushalts in Gänze in Kauf nehmen. Gleichwohl haben auch wir ein Interesse daran, dass die Verwaltung so ausgestattet und aufgestellt ist, dass alle Maßnahmen möglichst zeitnah und in Plannähe umgesetzt werden. – So viel erst einmal von mir.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Mir liegen weitere Wortmeldungen vor. Zunächst Herr Schneider!

Torsten Schneider (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Vielen Dank Frau Staatssekretärin! Auch mich hätte es gewundert, wenn wir jetzt zum Statusbericht keine Aussprache gehabt hätten. Deswegen will ich dazu auch etwas Analytisches und etwas Politisches sagen.

Wir, die SPD-Fraktion, haben vor drei Monaten auf unserer Fraktionsklausur einstimmig einen Beschluss gefasst und haben uns des Entlastungsthemas angenommen, das wir sozusagen, wie viele andere auch, vorausgesehen haben. Weil Kollege Melzer sich gerade meldet: Eine Woche später hat die CDU-Fraktion, das kann man ja im Parlamentsprotokoll nachlesen, kritisiert, dass im Wirtschaftsausschuss für Energiespitzen 200 000 Euro bereitgestellt wurden. Das fanden Sie zu klein. Das fanden wir auch und haben dann 380 Millionen Euro daraus gemacht. Das ist das gesellschaftliche Grundproblem, dass die Dimensionalität in dieser krassen Weise fehleingeschätzt wird.

Wir sehen eine Auseinandersetzung in der Welt und in Europa, das wissen wir, da müssen wir uns nicht gegenseitig belehren, und da stehen wir fest, so wie, mit wenigen Ausnahmen, alle Parteien, jedenfalls im Bundestag, das einschätzen. Daran gibt es nichts zu rütteln. Aber das hat eine B-Seite. Das ist wie bei der Ukraine-Flüchtlingsproblematik. Ist das nun eine solidarische Finanzierung über SGB II, Bund-Länder, wie das jetzt gekommen ist, oder ist das eine Flüchtlingsfinanzierung im Wesentlichen über die Länder? – Die B-Seite ist die Akzeptanzseite. Die gesellschaftliche Akzeptanz für eine solche große Herausforderung, die muss erhalten bleiben. Da gab es viele Indizien in den letzten Monaten, die das erschüttert haben. Das hat mich erschüttert. Das haben wir alle schon öffentlich gesagt, deswegen will ich das heute nicht aufwärmen, aber das fing bei kleinen bis zu größeren Maßnahmen und Äußerungen an,

die diese Verunsicherung geschürt haben. Jetzt ist der Erkenntnisprozess so weit fortgeschritten, wir wissen das alle, dass die Bundesregierung gerade tagt, die Fraktionen tagen am Wochenende, und ich höre, am Sonntag soll es auch einen Koalitionsausschuss geben. Es ist also mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit zu erwarten, dass wir am Ende dieser Woche zumindest eine Richtung haben. Mit Richtung meine ich erst einmal vor der Flanke der Gerechtigkeit und der Akzeptanz die Dimension.

Die ursprünglichen Vorschläge waren in der Dimension nach unserer Auffassung nicht geeignet, die Gerechtigkeits- und die Akzeptanzlücke zu füllen. Das fängt in der Analyse an. Die Analyse, da ist der richtige Bezugspunkt unserer Auffassung nach bei den steuerlichen Einnahmen nicht das Krisenjahr 2020 oder 2021, dann würde das nämlich noch viel höher ausfallen, seriöserweise muss man das mit dem Vorcoronajahr 2019 vergleichen. Die Daten, das sind ja öffentliche Dokumente, sagen, dass die Steuereinnahmen des Gesamtstaates von 2019 zu 2022 um 90 Milliarden Euro wachsen. Das ist einfach in einer Excel-Tabelle in der 162. Steuerschätzung nachzulesen. Nun kann man darüber diskutieren, ob diese Tendenz im November abschwingt oder ob sie aufwächst. Gestern habe ich einen Wortbeitrag gehört, dass wir die prognostizierte 1 Billion Euro Steuereinnahmen des Gesamtstaates nicht erst 2026 erreichen, sondern schon 2022. Das hat sogar mich überrascht – aber in der Tendenz nicht, nur in der Höhe und im Zeitpunkt. Das geht steil nach oben.

Da haben wir das zentrale politische Thema, das ich sehe. Wenn diese Befundung so ist, es mag mich jemand korrigieren und widersprechen, da will ich mich jetzt nicht mit kleinteiligen Dingen befassen, sondern mit dieser Gesamtbetrachtung, dann muss der Staat krisenrelevant reagieren – zugunsten der Bevölkerung. Nun kann man konzeptionell sagen, wir müssen unsere Sanktionen aufheben und sonst was, das sind Einzelmeinungen, habe ich gehört, oder politische Meinungen von einzelnen Farben, das ist aber nicht unsere Meinung. Wenn wir diese Bundes-, Europa- und Weltlinie weiter nachhaltig unterstützen, dann muss es hier eine Antwort geben auf die bedrückenden Verhältnisse und die zunehmend bedrückenden Verhältnisse in der Gesellschaft, weil das eben nicht nur die Ärmsten betrifft. Das geht in den Mittelstand hinein, von Unternehmen bis zu den durchschnittlichen Einkommen in der Stadt, bei uns in Berlin und dann in der Bundesrepublik. Da können wir keinesfalls dabei stehenbleiben zu sagen: Wir verdoppeln mal das Wohngeld, um da einmal einen konkreten Punkt zu nennen. Das Wohngeld kostet den Gesamtstaat, halbe-halbe Bund und Länder, 1,3 Milliarden Euro. In Berlin sind 23 000 Haushalte wohngeldberechtigt. Selbst wenn ich das verdreifache, wären das weniger als 70 000 Haushalte. Das ist keine adäquate Antwort, den gesellschaftlichen Frieden zu erhalten oder für Akzeptanz in dem von mir hier vorgetragenen Sinne zu sorgen. Die Steuereinnahmen des Gesamtstaates, so wie sie prognostiziert sind im Vergleich zu 2019, werden um 815 Milliarden Euro kumuliert wachsen, wohlgermerkt auf der Basis der Annahme, dass die Billion erst 2026 durchbrochen wird. Ich sagte bereits, es gibt Meinungen, dass das schon in diesem Jahr passiert, das ist eine Tendenzmeinung.

Das sind durchschnittlich 163 Milliarden Euro mehr, die der Gesamtstaat, Bund, Länder und Kommunen, zur Verfügung hat. Da gehe ich jetzt gar nicht tiefer rein, Lohnsteuer, Umsatzsteuer. Politisch freut uns das zunächst, weil es dem Staat Handlungsspielraum gibt und weil viele Aufgaben – Klimawandel, soziale Gerechtigkeit und dergleichen mehr – auf der Uhr sind und verabredet wurden. Ein größerer Handlungsspielraum ermöglicht, da schneller oder signifikanter voranzukommen. Aber für uns ist politisch eines klar: Das, was gerade über Gewinne bei Konzernen in der Diskussion ist, gilt nach unserer Auffassung auch für den Staat. Es darf im Staat in keinem Sektor krisenbedingte Übergewinne geben, und da rede ich jetzt von den Steuern aus Umsätzen. Die wachsen im Durchschnitt um 60 Milliarden Euro pro Jahr. Allein bei der inneren Umsatzsteuer oder bei der Mehrwertsteuer reden wir von 40 Milliarden Euro pro Jahr. Das bedeutet rechnerisch, dass die ersten beiden Entlastungspakete des Bundes, 30 Milliarden Euro, allein aus Umsatzsteuerzugewinnen im Jahr 2021 bezahlt wurden. Das waren nämlich 31 Milliarden Euro. Es ist wichtig, dass wir das aussprechen und uns politisch hinter diese Analyse stellen. Man kann jetzt nicht sagen, es ist Wunsch-dir-was für alle offen, weil es Risiken gibt. Natürlich kann es ein Rezessionsrisiko geben, es kann ein Zinsrisiko geben. Aber die Gesamtgemengelage, die Akzeptanz- und Gerechtigkeitsfrage, setzt voraus, und diese Botschaft will ich heute auch in Richtung Bund absenden, weil ich da auch Verdrückungen höre. Ein Ministerpräsident hat gestern gesagt, es darf keinesfalls zulasten der Länder gehen, und ein Bundesminister hat gesagt: Natürlich zahlen die Länder das allein. – Ich will das jetzt nicht weiter ausführen, aber das kann man alles nachlesen. Solche Spiele sind der Gesamtsituation nicht angemessen. Wir hier, jedenfalls die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, sind bereit, unseren hälftigen Anteil an den anstehenden Maßnahmen zu tragen. Ob das nun über Umsatzsteuerpunkte geht oder Sonstiges. Wir sind auch bereit, darauf zu verzichten, und das können Sie den Haushaltseckzahlen entnehmen, etwaige Mehreinnahmen, die an den Preisen kleben, nicht zu konsumieren, sondern zur Entlastung der Bevölkerung einzusetzen.

Dann sind wir bei der Dimension. Können Sie mal machen: 1 Milliarde durch 3,7 Millionen geteilt, bedeutet 270 Euro pro Nase, so schnell geht das –, damit man das mal einordnen kann und ein Gefühl dafür entwickelt. Brandenburg hat vor drei Monaten in der Verbraucherzentrale ermittelt, dass die Mehrbelastung der Durchschnittsfamilie bei 3 800 Euro im Jahr liegt. Inzwischen sind Leute, die das seriös begreifen, der Auffassung, dass es unter 10 000 Euro Mehrbelastung nicht abgeht. Das ist auch wieder eine dimensionale Frage der Einordnung, und darauf muss die Politik eine Antwort finden.

Dann kann man sich natürlich über die Konzepte streiten, und ich prognostiziere, dass es einen wahren Wettlauf geben wird. Von der CDU habe ich schon Vorschläge gesehen, Energiegeld. Von allen Farben wird es gute Vorschläge geben, aber das setzt voraus, dass wir uns in der Analyse erst mal einig sind, und dass wir uns hinter dieser politischen Aussage vereinen können: Der Staat leistet seinen Teil zur gesellschaftlichen Akzeptanz dadurch, dass er mindestens krisenbedingte Mehreinnahmen zur Entlastung der Gesellschaft und der Bevölkerung einsetzt. Das ist die politische Forderung, die wir vor drei Monaten erhoben haben. Die Methode ist uns vollkommen einerlei, ob das eine Mehrwertsteuerabsenkung ist, ein Energiegeld oder sonst irgendwas. Die Koalition hat in ihrem Koalitionsausschuss das, was die CDU hier als Forderung erhoben hat, bereits verabredet, nicht mit einem festen Datum, nicht mit einer Kern- oder Zielrichtung, aber mit einer Tendenz. Die Tendenz heißt: Wir werden für das Bundesland Berlin auf unsere Rechnung ein Mehrfaches dessen einsetzen, was wir bisher verabredet haben, also ein Mehrfaches von 380 Millionen Euro, weil das erforderlich ist, um

die stadtsspezifischen Probleme hier abzubilden. Natürlich werden auch wir miteinander ringen, in welchen Sektor was fließt. Da kann man sich trefflich streiten. Der dafür geeignete Ort ist das Parlament. Deshalb stimme ich der CDU ganz abstrakt zu. Natürlich muss das eine politisch offene Debatte sein, und dann werden sich alle befeißigen, die besseren Weltenretter zu sein, aber es ist dann ein transparenter Diskurs. Deshalb hat sich die Koalition auch verabredet, aus rechtlicher und aus politischer Notwendigkeit, den Senat aufzufordern, einen Nachtragshaushalt vorzubereiten, denn es ist klar: Wir wissen noch nicht mit Sicherheit, welche politische Tendenz sich auf Bundesebene durchsetzt. Wir haben aber jetzt ein sicheres Gefühl, dass es eine Größenordnung anbelangt, die über die Kofinanzierung unseren Haushalt betrifft. Da wollen wir diesmal nicht das Verfahren wählen: Das ist eine unabwiesbare Situation, und das muss im Haushalt nicht abgebildet werden –, sondern wir wollen eine politische Debatte ermöglichen. Jedenfalls ist das unsere Auffassung. Wir sind auch, das wird Sie nicht wundern, politisch festgelegt – da sehe ich Einigkeit in der Koalition –, dass wir die größte Belastung, nicht im absoluten Volumen, aber im prozentualen, im anteiligen Volumen, natürlich in den unteren Sektoren sehen. Das ist doch klar: Eine vierköpfige Familie, knapp über staatlicher Transferleistung trifft Inflationsraten, und die werden vom Bundesbankpräsidenten inzwischen mit 10 Prozent avisiert. Ich glaube das nicht, weil sich der Staat jetzt zu etwas anderem verständigt hat, europaweit als Tendenz jedenfalls, nämlich dass jetzt ordnungspolitisch in die Preisentwicklung eingegriffen wird. Das ist ein richtiger Weg, auch ein Erkenntnisprozess.

Man kann sich irren, aber die Zahlen- und die Tendenzsprache ist so eindeutig, dass ich ein gesellschaftliches Bild nicht sehen will, verfestigt durch permanente Presseberichterstattung und Eigenerkenntnis der Bevölkerung: dass der Staat auf 800 Milliarden Euro Mehreinnahmen sitzt, während andere Leute für übrig gebliebenes Obst an der Tafel stehen. Das würde die Akzeptanz so schwer erschüttern, dass wir alle miteinander unseren Job falsch gemacht hätten. Über die Verteilungsfrage, was wir gerecht und notwendig finden, können wir trefflich streiten. Da werden Sie meine Wortbeiträge gar nicht mehr hören. Aber diese grundsätzliche Frage, diesen kapitalen Fehler dürfen wir nicht machen. Darum werben wir, und deswegen haben wir formal – inhaltlich sicherlich – keine Differenz zu dem, was die CDU gerade gesagt hat.

Vorsitzende Franziska Becker: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Frau Meister, bitte!

Sibylle Meister (FDP): Vielen herzlichen Dank! – Das ist ein schönes Plädoyer der SPD für Steuersenkungen gewesen. Da sind wir ganz beieinander. Das ist schon mal ein Punkt. Ein schöner Tag heute. Wir sind, glaube ich, auch alle beieinander, dass wir alle doch hoffen, dass am Wochenende so etwas wie weißer Rauch aufsteigt und wir wissen, wie es auf Bundesebene weitergeht. Frau Borkamp, Sie haben recht. Es macht Sinn, wenn man kofinanziert gemeinsam vorangeht, als dass man sich Einzelmaßnahmen überlegt, die man nachher wieder zusammensetzen muss. Das ist gerade in so einem komplizierten Umfeld nicht so einfach, das muss man durchaus sagen. Es geht um viele Einflüsse, Steigerung der Energiekosten, Inflation u. Ä. Ich glaube, es ist auch völlig unstrittig – ich will jetzt den schönen Vortrag von Torsten Schneider nicht wiederholen –, dass wir dort, wo das Geld in besonderem Maße eng ist, entlasten müssen. Besonders schön fände ich es, wenn wir zielgenau entlasten, also dort, wo es wirklich eng ist. Ich glaube, das macht Sinn und hat am Ende viel damit zu tun, dass ein gesellschaftliches Miteinander gewahrt bleibt.

Ich denke, nicht ganz aus dem Auge verlieren dürfen wir gerade in Berlin unsere Kleinunternehmen, auch die, die jetzt schon besonders unter Corona gelitten haben. Wenn ich mir vorstelle, dass ich einen Gastronomiebetrieb gerade über die letzten zwei oder drei Jahre gebracht habe, und dann gucke ich auf die Nebenkostenabrechnung – da gibt es schönere Momente. Das wird uns aber gelingen. Ich bin optimistisch, dass wir einen Weg finden.

Ich habe noch drei Fragen. Weil Sie den Zeitraum des Vergleichs ansprachen: Das ist 06/2021. Das bedeutet, dass wir die beiden Sondereffekte, Erbschaftssteuer und Grunderwerbsteuer, komplett drin haben, das ist, wenn ich mich recht erinnere, gerade der Grunderwerbsteuerkomplex, weil beides im zweiten Halbjahr 2021 war, kein unerheblicher Anteil daran.

Meine Frage geht hin zu dem Thema Ukraine, Ukraineflüchtlinge, damit verbundene Aufgaben und Verantwortlichkeiten, die Menschen unterzubringen. Wie schätzen Sie das ein?

Meine dritte Frage, zum Bereich Baukosten: Wir wissen, dass wir bei vielen großen Projekten bei uns im Haushalt Beträge drinstehen haben, ob es die Polizeileitstelle ist, die Komische Oper oder das Herzzentrum, die nur annähernd etwas mit der Realität zu tun haben. Inwieweit sehen Sie dort einen besonderen Punkt des Risikos, den man mit einpreisen muss, oder kann man sagen: Es dauert sowieso alles so lange, bis das auf die Kette gebracht ist, bis dahin gibt es wieder Handwerker? – Danke schön!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Bevor Herr Goiny dran ist, kurz der Hinweis: Die SPD hat ein Wortprotokoll beantragt. – Wunderbar! – Herr Goiny!

Christian Goiny (CDU): Vielen Dank! – Wir haben mit den Erfahrungen der letzten Jahre seit Ausbruch der Coronakrise gemeinsam eine Menge dazugelernt, und wir haben damals gemeinsam entschieden, dass wir helfen müssen. Auch als Land Berlin haben wir damals geholfen und haben mit 7 Milliarden Euro Neuverschuldung unseren Beitrag geleistet. Umso klarer ist es, dass wir jetzt, wenn wir Mehreinnahmen haben, auch darüber diskutieren, wie wir sie angesichts der neuen Herausforderungen, die wir jetzt haben, einsetzen müssen. Bei Corona haben wir gesagt, hier ist für wichtige Teile der notwendigen Maßnahmen der Bund in der Verantwortung, und das sehen wir jetzt ganz genauso. Das ist schon verschiedentlich beleuchtet worden. Wir haben es bei Corona so gemacht, dass wir an der einen oder anderen Stelle gesagt haben: Gut, wir erwarten hier Regeln vom Bund, aber das eine oder andere kann nicht helfen. Da muss Berlin mal, dort, wo es notwendig ist, in Vorleistung gehen, in der klaren Erwartungshaltung, dass das dann vom Bund erstattet wird. So sehen wir das im Grunde genommen hier auch. Da muss man sich tatsächlich die einzelnen Bereiche angucken, wo es notwendig ist. Der Kollege Schneider hat das eine oder andere schon richtigerweise beleuchtet, wo aus unserer Sicht Hilfe erforderlich ist: natürlich bei denen, die sowieso schon wenig oder zu wenig Geld haben, aber es geht auch um die Mitte der Gesellschaft, um die, die dafür sorgen, dass unser Laden in Berlin läuft. Auch die sind vor große Herausforderungen gestellt, und auch hier müssen wir uns etwas einfallen lassen, denn wir können diese Menschen alle nicht allein lassen mit diesen Steigerungen, die jetzt ganz besonders bei alledem, was den Energiepreissektor und andere Themen anbetrifft, auf sie zukommt. Das ist eine klare Erwartungshaltung, die wir haben.

Es geht uns außerdem noch um die Frage, was wir mit den Bereichen machen, für die wir zuständig sind. Ich fand sehr beeindruckend, dass die Bundesaußenministerin kurz nach Beginn des Krieges in der Ukraine gesagt hat: Freiheit hat kein Preisschild. – Gerade mit der Berliner Geschichte im Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit, wenn man an die Zeit der Berlin-Blockade denkt, dann hat man in Berlin die Freiheit sehr hoch eingeschätzt und manchen Verlockungen, die es damals gab, widerstanden und gesagt: Nein, wir kämpfen hier für unsere Freiheit. Deswegen ist es eine politische Aufgabe, heute zu sagen, dass das dann auch Geld kostet. Da hat der Bund, wie gesagt, seine Verantwortung zu übernehmen, aber wir auch unsere. Ich glaube, man muss relativ zeitnah an diejenigen politische Signale senden, die wir aus unserem Landeshaushalt finanzieren bzw. unterstützen. Das fängt bei Kitas, Schulen und Sozialeinrichtungen an. Wir haben die Krankenhäuser, die Wissenschafts- und Forschungslandschaft. Wir haben den Kulturbereich mit alledem, was dazugehört. Auch die fragen sich jetzt schon: Was mache ich, wenn sich die Abschlagszahlungen erhöhen, wenn ich jetzt schon höhere Beträge zahlen muss? – Wir werden nicht so lange warten können, bis wir hier ein politisches Signal setzen, dass wir diesen Einrichtungen helfen. Das strahlt auch aus. Wir müssen die Dinge im Zusammenhang sehen. Nach meinem Dafürhalten muss das im Zusammenhang mit anderen Themen gesehen werden, die wir hier adressieren, zum Beispiel, dass wir als Land Berlin jetzt darauf verzichten, Gebühren und Beiträge für öffentliche Einrichtungen oder Leistungen zu erhöhen, dass wir auch an der Stelle einen kostendämpfenden Beitrag leisten. Das ist eine Forderung, die wir als CDU erheben. Wir müssen natürlich auch gucken, dass wir mit Coronamaßnahmen nicht den Institutionen, Kollegin Meister hat es schon angesprochen – Kultur, Veranstaltungswirtschaft, Gastronomie und Hotellerie –, das Geschäft wieder unmöglich machen, denn da werden wir nicht noch zusätzlich helfen können. Auch hier muss man bei dem, was zwischen Bund und Ländern verabredet wird, mit Augenmaß herangehen, denn Berlin lebt auch ein Stück weit davon. Das heißt natürlich auch, dass wir im Winterhalbjahr dafür sorgen müssen, dass zum Beispiel Veranstaltungen wie Weihnachtsmärkte und anderes stattfinden. Wir können nicht auf die Idee kommen, dass die Lichterkette abgeschaltet wird, und die dürfen alle nur im Dunkeln bei Teelichtern sitzen. Das hat auch etwas mit Kultur, Tourismus, Gastronomie und mit Einnahmen zu tun. Das gehört auch zu unserer Kultur, zu unserer Tradition, dass solche Veranstaltungen stattfinden können. Dann kommt schnell der Einwand, dass wir Energie einsparen müssen.

Da wäre ich bei einer Berichtsbitte, die ich Richtung Senat äußern möchte. Es gibt verschiedene Ideen und Maßnahmen, mit denen man versuchen möchte, den Energieverbrauch zu verringern. Wir würden darum bitten, dass man mal für die einzelnen Bereiche, das kann vielleicht von jeder Senatsverwaltung für den Zuständigkeitsbereich gemacht werden, die Maßnahmen, die jetzt in Rede stehen, adressiert und versucht zu schätzen, was das für eine Energieeinsparung in Kilowattstunden bedeutet. Den Preis werden wir sicherlich nicht sagen können, denn wir wissen noch gar nicht, wie der sich weiter entwickeln wird, aber die Energiemenge, den Stromverbrauch wird man sicherlich mit bestimmten Maßnahmen beziffern können, ich finde, auch beziffern müssen. Dann kann man ungefähr einschätzen, ob diese Maßnahmen, die jetzt in Rede stehen, tatsächlich einen Energieeinspareffekt haben, und wenn ja, welchen.

Auch unter demokratischen Aspekten ist es richtig, dass wir zum Beispiel dafür sorgen, dass die Beleuchtung am Brandenburger Tor nicht abgeschaltet wird. Das Symbol für den Freiheitswillen der Berliner für die Einheit Deutschlands und Europas in diesen Zeiten, gerade im Winterhalbjahr, nicht mehr leuchten zu lassen, halte ich politisch für das falsche Zeichen. Es

ist eine Symbolpolitik, aber es ist aus meiner Sicht für eine Stadt wie Berlin eine wichtige Symbolpolitik, und ich finde ganz banal zu unserem Selbstverständnis, dass im Winterhalbjahr, wenn das Parlament hier tagt oder Ausschüsse des Parlaments hier tagen, das Parlament auch beleuchtet sein muss. Das gehört auch zu dem Anspruch, dass wir, wenn andere meinen, Europa mit Krieg zu überziehen, dafür sorgen, dass die Institutionen, die bei uns für Freiheit, Demokratie und Parlamentarismus stehen, im wahrsten Sinne des Wortes leuchten, und zwar gerade in der dunklen Jahreszeit. Das ist noch ein Thema, über das wir uns ein Stück weit unterhalten müssen, und die ganze Diskussion, die wir heute führen, zeigt einmal mehr – daran möchte ich an dieser Stelle zu Beginn des zweiten Halbjahres erinnern –, dass wir uns im Rahmen der Haushaltsberatungen lange darüber unterhalten haben, wie wir Verfahren und Prozesse vereinfachen und beschleunigen können. All das, was wir jetzt sehen, macht das noch mal notwendiger. Wirklich noch mal der Appell an den gesamten Senat zu überprüfen: Was ist noch nötig? Was geht schneller? Was geht einfacher? Was geht kostengünstiger? – Das wird uns insbesondere beim Thema Planen und Bauen in den nächsten Wochen und Monaten noch ganz massiv begegnen, aber es betrifft auch ganz viele andere Verwaltungsprozesse. Deswegen meinen wir es tatsächlich ernst. Das ist in diesen Zeiten ein Beitrag nicht nur zu effizienter Verwaltung, sondern auch zum effizienten Einsatz von Mitteln. Wir haben gerade alle schon miteinander festgestellt, dass wir Gelder, auch staatliche Gelder, in diesen Zeiten dafür brauchen, die Menschen in unserem Land und unserer Stadt zu unterstützen. Deswegen ist das ein Beitrag, den wir als Politik und Verwaltung ein Stück weit auch selbst leisten können. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Schulze!

André Schulze (GRÜNE): Ich möchte auch ein paar Worte dazu sagen. Ich glaube, es ist unzweifelhaft hier im Raum, dass der Staat handeln muss, Entlastungen wird beschließen müssen, und dass es sich hierbei primär um eine gesamtstaatliche Aufgabe handelt. Deswegen ist es richtig, dass der Bund heute bis zum Wochenende zusammensitzt und vielleicht seinen Zeitplan entgegen den vorherigen Überlegungen, die kommuniziert wurden, etwas gestrafft hat, weil primär der Bund sagen muss, was die kommenden Entlastungspakete bringen. Dass die Länder sich daran beteiligen werden, ist insofern schon fraglos, als dass die Länder mit ihren Haushalten auch an den bisherigen Entlastungspaketen finanziell beteiligt und beispielsweise an der Mehrwertsteuersenkung für Gas betroffen sind. Klar muss auch sein, dass es bei diesen Maßnahmen darum geht, den unteren Teil der Einkommensverteilung in der Bevölkerung zu entlasten. Um das mal klar zu sagen: Die ersten 10 Milliarden Euro zur Entlastung sind für meine Fraktion kein Geld, das man in die Beseitigung der kalten Progression steckt. Es geht nämlich nicht darum, dass wir hier im Rund am Ende spürbare Entlastungen haben, sondern dass diejenigen spürbare Entlastungen haben, die von Strom-, von Energiesperren bedroht sind, die sich jetzt schon nicht mehr die Energiepreissteigerungen leisten können. Aber es geht nicht nur darum, sondern auch um die Inflation im Bereich Lebensmittel etc. Es geht auch um die restlichen Lebenshaltungskosten, die hart zuschlagen. Darauf muss der Fokus liegen. Ich hoffe, dass die Bundesregierung am Wochenende zu klugen Entscheidungen kommt.

Was bedeutet das für Berlin? – Herr Goiny hat gerade darauf hingewiesen, dass es primär darum geht, staatliche Infrastruktur am Laufen zu halten und diejenigen, die Zuwendungen vom Land Berlin erhalten, zu unterstützen. Deswegen haben wir bereits im Haushalt Vorsorge getroffen und ganz klar gesagt, die drei Zielgruppen sind die Energiepreissteigerung in lan-

deseigenen Gebäuden, die wir werden tragen müssen, den Bereich der Zuwendungsempfängenden abzufedern – in der Tat können freie Träger der sozialen Infrastruktur oder im Kulturbereich die Kostensteigerungen nicht mit ihrem Etat auffangen – und als drittes der Härtefallfonds. Wir haben damals die Summe gegriffen, das hat Frau Borkamp angedeutet, die nach den damaligen Berechnungen naheliegend erschien, die sich aber inzwischen überholt hat, und wir müssen sicherlich im Laufe des Jahres noch gucken, was von der Höhe her Sinn macht. Deswegen hat der Koalitionsausschuss am Freitag bekräftigt, dass diese Entlastungen kommen sollen, zu gucken, was der Bund entscheidet, dort, wo der Bund Lücken lässt, reinzugehen und entsprechende Entlastungen zu beschließen. Deswegen ist es aus unserer Sicht sinnvoll, hier einen Nachtragshaushalt vorzubereiten, aber eben auch von der Zeitschiene her zu gucken, dass wir ihn dann angehen, diskutieren und beschließen, wenn wir ein bisschen konkreter bei den Zahlen und Rahmenbedingungen sind.

Ein letztes Wort zum Statusbericht: Frau Borkamp hat auf die sehr eingeschränkte Aussagekraft dieses Statusberichts hingewiesen. Ich glaube, wir alle wissen, dass die vorläufige Haushaltswirtschaft mit sehr besonderen Effekten im Ausgabebereich einhergeht, die sich in manchen Bereichen besonders abbilden, wo die kompletten Ausgabeposten in dreistelliger Millionenhöhe einmalig im zweiten Halbjahr fließen. Deswegen würde ich das ein bisschen losgekoppelt von der Frage diskutieren, denn ich glaube, die Entlastungen braucht es losgelöst von der Frage, wie hoch der Jahresüberschuss genau aussieht.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Zillich!

Steffen Zillich (LINKE): Wir reden hier über einen Statusbericht und kommen ein bisschen vom Hölzchen aufs Stöckchen. – [Zuruf von Christian Goiny (CDU)] – Ja, genau! – Andererseits ist es naheliegend, dass hiermit eine Debatte verknüpft ist um die Frage, wie wir die Bevölkerung entlasten müssen.

Trotzdem zunächst mal zum Status: Auch wenn die Senatsverwaltung für Finanzen aufgrund ihrer Funktion und ihrer Spezifik da sehr vorsichtig herangehen muss, das ist vollkommen in Ordnung, können wir Folgendes konstatieren: Richtig ist: Wie die Ausgabenentwicklung aussieht, sehen wir noch nicht so genau. Darauf kommt es, glaube ich, im großen Bild nicht zualtererst an. Das ist der erste Punkt. Der zweite Punkt: Natürlich ist die Prognose zur Einnahmementwicklung eine extrem volatile, weil wir in Zeiten leben, in denen sich schnell große Dinge ändern können. Das ist so. Andererseits sehen wir eben aber auch Dinge. Wir sehen erhebliche Mehreinnahmen über der Planung, eine Tendenz, die wir nicht nur zum Halbjahr gesehen haben, sondern die sich mit den Julizahlen nicht nur verfestigt, sondern sogar noch verstärkt hat. Auch wenn es hier so ist, dass bestimmte Dinge, wie Bundesrechtsänderungen und Ähnliches erst im zweiten Halbjahr wirken, kann man doch, glaube ich, sagen – das sind zwei Punkte, die wichtig sind: Die Mehrausgaben, die die öffentliche Hand direkt aufgrund von Preissteigerungen und Inflation hat, werden nach dem derzeitigen Trend durch die Mehreinnahmen abgefangen. Darüber hinaus sehen wir, dass wir über das schon prognostizierte und im Haushaltsplan eingestellte Maß hinaus in der Lage sein werden, Hilfsmaßnahmen zu finanzieren, und es ist auch notwendig, dass wir das tun. Deswegen können wir dieses Bekenntnis, das wir schon mit dem Haushaltsplanentwurf abgegeben haben, jetzt noch mal verstärken und deutlicher machen. Die Größenordnungen sind angesteuert. Ich glaube, es ist richtig, wenn wir über Summen in der Nähe von 1 Milliarde Euro sprechen.

Natürlich ist es richtig, dass wir bei alledem subsidiär zum Bund sind. Das ist richtig. Es macht keinen Sinn, Sachen doppelt zu machen. Da ist natürlich der Bund in der Pflicht – dazu komme ich gleich noch mal deutlicher –, und deswegen müssen wir uns konzeptionell auf das, was wir tun wollen, das ist zum Teil schon skizziert worden, vorbereiten, aber was wir tun werden, werden wir erst am Ende entscheiden können, wenn wir wissen, was der Bund macht.

Wir sehen aber noch etwas Weiteres, und das ist vielleicht nicht weniger spannend. Wir sehen nämlich, auch wenn Steuereinnahmen immer ein nachgelagerter Effekt sind, dass der Verbrauch und die Wirtschaft noch laufen, und dass deswegen die Einnahmen noch sprudeln. Es ist keine allzu weit gegriffene Prognose, dass sich das in dem Moment ändern wird, und zwar radikal, wenn wir große Teile der Bevölkerung tatsächlich finanziell überfordern, in der Situation, wo sie ihre Energiekostensteigerungen und die Lebenshaltungskosten nicht mehr stemmen können, wenn die ihr Portemonnaie zumachen müssen. Deswegen ist es auch aus wirtschaftlichen Gründen absolut notwendig, dass wir diese Überforderung verhindern. Der einfachste und im Übrigen auch inflationskompatibelste Weg dazu wäre, wenn wir das nicht durch Ausgleichszahlungen, sondern durch preisrechtliche Eingriffe täten, wie es viele europäische Staaten tun, jedenfalls im Energiebereich. Deswegen ist es, ehrlich gesagt, bisher ein geradezu groteskes Bild, wenn wir zwar über Gasumlagen reden, aber das Thema preisrechtliche Eingriffe auf Bundesebene weggeschoben wird, wo es aus vielerlei Gründen auf der Hand liegen und wahrscheinlich billiger sein würde. Deswegen bleibt diese Anforderung und dieser Weg natürlich.

Als Zweites müssen wir finanziell gucken, wie wir diese Überforderung verhindern, auch um den wirtschaftspolitischen Effekt, dass wir hier mit Ansage in eine Rezession schlittern und das durch eigenes Handeln noch befördern, nicht stattfinden zu lassen. Deswegen: Wir sind auf Landesebene bereit zu helfen, aber der Bund hat eine ganz spezifische Verantwortung, die er bisher für in mich grotesker Art und Weise nicht wahrgenommen hat, wobei ich die Differenzierung vom Kollegen Schneider verstehe. Mir ist es nicht egal, auf welche Art und Weise das stattfindet. Ich halte allgemeine steuerliche Entlastungen für den falschen Weg, weil sie viel zu wenig zielgerichtet sind und viel zu wenig nachfragewirksam. Genau das brauchen wir jetzt an der Stelle. Insofern haben wir hier eine sehr spannende Einnahmeentwicklung, aber wir haben auch eine volatile Situation, wo wir, vor allen Dingen der Bund, zum Handeln aufgefordert sind. Ich hoffe sehr, dass wir tatsächlich in die Situation kommen, dass das, was bisher auf Bundesebene nicht erfolgt ist, jetzt nachgeholt wird, denn die Konsequenzen wären erheblich und fatal.

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Dr. Brinker, bitte!

Dr. Kristin Brinker (AfD): Vielen Dank! – Herr Zillich hat in dem Punkt absolut recht. Wir haben eine sehr volatile Situation. Wir haben eine Ausgabenentwicklung, die wir noch gar nicht genau abschätzen können. Insofern ist es gut, bevor wir hier einen Nachtragshaushalt in Angriff nehmen, dass wir erst mal eine klarere Zahlen- und Datenbasis bekommen. Die hat Frau Borkamp angekündigt.

Ich gehe aber konträr zu dem, was Kollege Schneider von der SPD eben gesagt hat, davon aus, dass die Einnahmeentwicklung ebenso volatil sein wird. Auch wenn es jetzt Prognosen gibt, dass die Steuereinnahmen weiter sprudeln, würde ich mich, ehrlich gesagt, darauf überhaupt nicht verlassen, einfach aus folgendem Grund:

Die hohen Energiekosten, die inflationären Tendenzen betreffen logischerweise nicht nur die Privathaushalte, sondern auch die Unternehmen, nämlich die Steuerzahler und den Mittelstand. Wir wissen alle, dass es einen nachgelagerten Effekt gibt. Sobald jetzt die ersten Unternehmen ihre Rechnung bekommen, wir kennen ja die Berichte von Wäschereien, von Bäckereien, von Mittelstandsbetrieben, die jetzt schon wissen, dass sie eine Verdoppelung, Verdreifachung ihrer Energiekosten überhaupt nicht stemmen können. Sie können einfach schlicht nicht mehr weiterarbeiten. Wovon sollen die Leute und die Unternehmen denn dann Steuern zahlen? Ich wäre da deutlich vorsichtiger und sehe das nicht so positiv, wie das offensichtlich Kollege Schneider auf der Einnahmenseite sieht.

Insofern müssen wir schauen, wie sich das tatsächlich entwickelt. Andererseits können wir das nicht alles finanziell abpuffern. Ich widerspreche da auch dem Kollegen Schulz, der sich auf die kalte Progression ein bisschen dahingehend geäußert hat. Ja klar: Uns trifft es nicht ab einem gewissen Einkommen. Wir können uns das noch leisten. – Aber die kalte Progression trifft ja gerade die, die an dieser Schnittstelle sind, zu dem minimalen Einkommen dann noch weniger zu bekommen, weil die Progression das noch weiter wegschneidet. Daran muss man gehen. Das hilft alles nichts. Nicht wir auf Landesebene! Das ist natürlich auch ein Thema des Bundes. Aber das können wir auch nicht einfach vom Tisch wischen.

Was mir in den ganzen Debatten – das ist jetzt aber keine finanzpolitische Frage – deutlich zu kurz kommt: Wie stellen wir denn eigentlich Energiesicherheit und Energiepreissicherheit in Zukunft her? Wir können noch so viel sagen, wir wollen 10 Prozent einsparen, nur noch dreimal die Woche duschen oder mit Waschlappen waschen; das hilft doch am Ende gar nicht weiter. Das ist doch ein Tropfen auf dem heißen Stein. Da müssen ganz andere Maßnahmen her. Die müssen aber gesamtgesellschaftlich gelöst werden. Finanziell, haushälterisch wäre ich jetzt sehr vorsichtig, und ich hätte mir gewünscht, dass wir in der Vergangenheit tatsächlich auch mit den Berliner Finanzen deutlich sorgsamer umgegangen wären. Wir haben immer angemahnt, mehr in die Tilgung zu geben. Jetzt hätte sich das ausgezahlt. Wir haben den höchsten Schuldenstand aller Zeiten. Der wird auch so schnell nicht abgebaut werden können. Wir haben eine sehr diffizile finanzielle Situation und Finanzmarktlage. Insofern kann ich nur zur Vorsicht mahnen.

Und natürlich, man muss den Leuten helfen, aber in verschiedenerlei Hinsicht, nicht nur in finanzieller Hinsicht. Da müssen wir natürlich gucken, was wir machen können, welche Konzepte wir da in Zusammenarbeit mit dem Bund logischerweise stemmen können. Das muss man schauen, aber ich warne hier zur Vorsicht, und ich sehe die Einnahmesituation deutlich nicht so rosig wie einige hier im Saal. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Ich möchte einmal noch kurz den Berichtstermin für den Berichtswunsch der CDU festhalten. – Wann können Sie das liefern? – Am 28. September 2022 ist Baurundfahrt.

Staatssekretärin Jana Borkamp (SenFin): Wenn ich den Berichtsauftrag richtig verstanden habe, geht es ja um die Frage, welche Einspareffekte wir durch die Maßnahmen, die dann konkret in den Häusern umgesetzt werden, erzielen. Dabei geht es ja nicht nur um die Gebäude. Wir haben geschätzt: sechs Wochen ungefähr. – Wir haben natürlich Prognosen, Stichwort: Die Temperatur um 1 Grad Celsius zu senken, macht 6 Prozent aus. Da kann man mit Vergleichszahlen arbeiten. Wir haben aber auch in den Debatten der einzelnen Häuser festge-

stellt – – Ich komme jetzt mal mit einem Beispiel aus der Justizvollzugsanstalt. Wenn im ersten Raum, in dem ein Insasse sitzt, 20 Grad sind, sind im letzten vielleicht 15 Grad, weil es energetisch nicht ausgeglichen ist. Dafür wird man andere Lösungen finden müssen. Deshalb können wir nicht rechnerisch Schema F über die Vielfalt des Berliner Gebäudebestands anwenden. Wir würden versuchen, uns innerhalb von sechs Wochen Schätzwerten anzunähern, aber wirkliche Zahlen zu Effekten wird man erst in zwei, drei Monaten sehen.

Vorsitzende Franziska Becker: Genau solche Annahmen, sodass man das nachvollziehen kann! Sechs Wochen! – Herr Goiny!

Christian Goiny (CDU): Dann reden wir vom 12. Oktober 2022? Der Senat hat ja was beschlossen. Dabei wird er sich etwas gedacht haben. Das wird nicht ins Blaue sein. Das mit konkreteren Rechenbeispielen oder Zahlen, soweit schon vorhanden, zu unterlegen – – Vielleicht können wir uns darauf verständigen, dass es wenigstens zum 12. Oktober einen Zwischenbericht gibt? Und wenn das noch nicht abschließend ist – es wird ja auch ein Prozess sein, der sich sicherlich auch fortsetzt. Vielleicht stellt man heraus: Das ein oder andere kann man noch zusätzlich machen, das ein oder andere macht man dann vielleicht aus bestimmten Gründen doch nicht. Das ist ja sicherlich nicht so, dass es eine abschließende Beurteilung geben wird, aber wenn wir zum 12. Oktober wenigstens in Form eines qualifizierten Zwischenberichts etwas bekommen, dann würde uns das erst mal ausreichen.

Vorsitzende Franziska Becker: Da sehe ich Kopfnicken. Okay! Dann können wir jetzt das Formale klären.

Staatssekretärin Jana Borkamp (SenFin): Wunderbar! Ich hatte jetzt gedacht: Nicht, dass das andere unter den Tisch fällt! – Ich werde jetzt nicht die politische Debatte kommentieren, ich glaube, das ist nicht meine Rolle, sondern noch mal versuchen, auf die Fachfragen und Punkte einzugehen.

Frau Meister fragte nach dem Thema Ukraine und Flüchtlinge, wie die Situation ist, auch im Unterbringungsbereich. Das Parlament hat ja auch einen zusätzlichen Topf Finanzierung für Kosten, die im Kontext Ukraine entstehen, beschlossen. Dieser Topf wurde jetzt in Arbeitsgruppen durch die Verwaltung, ich sage jetzt mal in Anführungszeichen, mit Maßnahmen belegt: Wie viele zusätzliche Kosten haben wir im Bereich Kita, im Bereich Schule? Welche Kosten sind im Kontext zusätzlicher Unterkünfte entstanden? Integrationsmaßnahmen, Projekte wurden besprochen. Wir sind gerade dabei, diese Mittel auch an die Häuser entsprechend durchzureichen – die, die rechtlich verpflichtende Leistungen erbringen, haben die auch davor schon erbracht – sodass insbesondere die Leistungen, die die sogenannten nicht rechtlich verpflichtenden Leistungen sind, also zusätzliche Beratungsmaßnahmen etc., dann auch anlaufen können, finanziert werden können. Da gab es eine gute Abstimmung. Da gibt es sicherlich auch im Ausschuss für Integration, Arbeit und Soziales zu gegebener Zeit einen ersten Zwischenbericht.

Bei der Unterbringung haben wir die Herausforderung, und die nimmt gerade zu, dass die Menschen, die privat untergebracht waren, vermehrt – und das ist nach einem halben Jahr auch völlig verständlich, ich glaube, da hat Berlin schon ein großes Stück Solidarität gezeigt – zu dem Punkt kommen, dass Sie sagen: Die Menschen brauchen entweder eine Wohnung oder eine Unterkunft. – Und gleichzeitig haben wir die Situation, dass im Februar, März viel

durch temporäre Unterbringung auch in Hotels und Hostels abgedeckt werden konnte. Das funktioniert im Sommer nicht, denn, auch das ist ein Grund zur Freude, es sind sehr viele Touristen in Berlin, und dieses Segment ist ausgebucht. Das wird sich vielleicht im Winter wieder ändern, sodass dort noch mal andere Kooperationen entstehen, aber Ziel ist natürlich auch, die Menschen dauerhaft anders, qualitätsgesichert, adäquat unterzubringen, am Besten in Wohnraum. Aber wir wissen, dass das in Berlin eine Herausforderung ist. Da ist die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales auch mit der Finanzverwaltung in enger Abstimmung, sodass wir schnell handlungsfähig sind. Die BIM ist mit an Bord, und ein sogenanntes Akquiseteam des LAF in der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales ist dabei, schnell Unterkünfte anzumieten, zu organisieren. Auch da in Richtung Herr Goiny, die Prozessfrage: Wie kriegt man so was schnell hin? – Die arbeiten mit agilen Methoden, probieren das aus in der Hoffnung, dass es dann nicht sechs Monate, sondern vielleicht zwei Monate dauert, um so eine Unterkunft zu sichern. Da sieht man, dass Berlin aus vergangenen Krisen gelernt hat und ein Stück weit resilienter geworden ist.

Gleichwohl wissen wir nicht: Wie entwickeln sich die Zugangszahlen im Herbst, im Winter, wenn auch in anderen Ländern das Thema Energiekosten, aber auch Energieversorgung, auch gerade in der Ukraine, aber auch in anderen Zugangsländern auf der Tagesordnung steht? Von daher rechne ich damit, dass die Zugangszahlen insgesamt jenseits von der Ukraine hoch bleiben werden oder sich erhöhen werden, dass wir aber auch damit rechnen müssen, je nach Verlauf des Konflikts in der Ukraine, dass noch mal mehr Menschen im Herbst und Winter zu uns kommen und Hilfe suchen. Gleichwohl sind wir recht gut aufgestellt, und die Verwaltung ist mit Hochdruck am Arbeiten.

Baukostensteigerung – bei den Baukosten haben wir ja die Logik, dass mit einem Baupreisindex und den Planungsunterlagen gearbeitet wird. Das ist das Verfahren, und wir sehen nicht erst seit Kurzem, sondern schon etwas länger, dass die realen Baukostensteigerungen über dem Baupreisindex liegen, der für die nächsten Jahre eingepreist wurde. Wir haben im Haushalt eine weitere Rücklage. Auch das Parlament wird krisenfester. Man arbeitet mit Rücklagen, mit Vorsorgen, die die Resilienz steigern sollen für das Thema Baukostensteigerung. Ob diese Zahl, die auch, ich sage mal, dem damaligen Wissensstand vom Sommer entsprach, ausreichend ist, werden wir sehen. Gleichwohl bietet es uns erst mal die Möglichkeit abzusichern. Ich denke, es ist das gemeinsame Kernziel, dass begonnene Baumaßnahmen auch, soweit es nicht aus baulichen Gründen zu Verzögerungen kommt, nicht aus Geldgründen aus dem Zeit- und Maßnahmenplan geraten. Ich glaube, das ist ein ganz deutliches Ziel. Daran arbeiten wir, und da unterstützt die Senatsverwaltung für Finanzen auch die jeweils betroffenen Häuser mit Beratung, mit Lösungen um dort handlungsfähig zu sein. Gleichwohl müssen wir auch bei der Investitionsplanung und auch für die Zukunft, das ist die Herausforderung, natürlich priorisieren, welche Maßnahmen neu begonnen werden können. Nicht, dass sich die Effekte potenzieren, weil zu viele Maßnahmen gleichzeitig starten oder gleichzeitig in diese Kostenentwicklung laufen! Dieses Prozesses sind sich aber auch alle im Senat bewusst.

Was hatte ich noch? – Vielleicht noch mal zwei Sätze zum Thema Einsatz von Mehreinnahmen. Ich glaube, da ist es wichtig, einfach noch mal zwei Punkte zu unterscheiden. Wir werden auch inflationsbedingte Mehrausgaben in der Verwaltung haben, und damit meine ich nicht die Papierkosten, die wir haben, sondern da gucken wir Richtung Schulcatering, da gucken wir Richtung Leistungsversorgung in anderen Bereichen, in denen ebenfalls Kostensteigerungen auf das Land Berlin zukommen, die wir dann natürlich ebenfalls über Mehreinnah-

men kompensieren werden müssen, wenn es keine anderen Alternativen gibt. Gleichwohl – und das ist vielleicht rollenbedingt dann doch wieder ein bisschen das Wasser, das ich bei allem gemeinsamen politischen Commitment, in die Diskussion geben möchte –, auch wenn Freiheit kein Preisschild hat, es entstehen Kosten, und wir müssen uns Gedanken machen, auch nachhaltig über einen Konflikt hinaus oder eine Krise hinaus: Wie geht es weiter? Wie kriegen wir solche Einmaleffekte, wenn sie es denn sind, wieder abgefedert? Wie schaffen wir es, einen nachhaltig resilienten Haushalt zu haben, damit wir in der Lage sind, Krisen zu bewältigen? – Es werden immer mehr Krisen kommen, Polykrise ist im Moment so ein Schlagwort. Zumindest wird die Frage sein: Wie schaffen wir es, uns auch finanziell, finanzpolitisch darauf einzustellen, sodass wir handlungsfähig sind, sodass man die entsprechenden Entscheidungen treffen kann, und wie gehen wir auch damit um, dass die Zeiteffekte verlagert sind, dass jetzt gegebenenfalls die Einnahmen noch hoch sind, vielleicht in einem halben Jahr nicht mehr, dass dann aber der Hilfebedarf gegebenenfalls viel höher ist als heute? – Dafür ist, glaube ich, eine Diskussion nicht nur mit der Senatsverwaltung für Finanzen nötig, denn wir gucken sehr auf das Geld, sondern auch mit allen anderen Fachverwaltungen, die die Bedarfe konkret sehen. Was ist ein guter Weg, damit wir nicht nur einen Winter hinkriegen, sondern damit wir die ganze Legislaturperiode finanziell gut durchkommen? – Das ist, glaube ich, eine Frage, die man immer auch im Blick haben muss.

Und der letzte Punkt, Herr Goiny – zu Weihnachtsbeleuchtung werde ich mich nicht äußern, denn, Sie wissen, ich komme aus Kreuzberg, und den Grünen in Kreuzberg wird immer unterstellt, Weihnachten abschaffen zu wollen. – [Zurufe] – Gleichwohl zeigt, anders als die Pandemie, die aktuelle Situation, dass es Dinge gibt, die man nicht nur mit mehr Geld lösen kann, weil es einfach eine faktische Ressourcenknappheit gibt. Von daher ist das Thema Sparen, und da sage ich nicht: hart Sparen –, und ich will auch nicht jedem die Weihnachtsfreude verbieten. Aber die Frage, wie wir mit den verfügbaren Ressourcen umgehen, ist schon eine, die wir uns stellen müssen und auch in der Diskussion mit der Bevölkerung ehrlich diskutieren müssen, um zu schauen: Wo sind die Lasten am niedrigsten? – [Christian Goiny (CDU): In Kreuzberg sagt man Wintermarkt!] – Ja, das habe ich mehrfach gehört. Wir hatten tatsächlich Weihnachtsmärkte, aber dieses Gerücht hält sich hartnäckig, von daher bin ich da sehr vorsichtig. – Ich glaube, jetzt habe ich zu allen Punkten, die Fragen waren, etwas gesagt.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Dann können wir den Bericht zu Tagesordnungspunkt 5 – rote Nr. 0495 – zur Kenntnis nehmen und weiterschreiten.